

## DIE SITUATION IN ANDEREN EUROPÄISCHEN LÄNDERN

---

# DEUTSCHLAND KÄMPFT MIT ABWANDERUNG, FRANKREICH MIT MANGELNDER INTEGRATION

---



Nicht nur in der Schweiz, auch in anderen europäischen Ländern wird die Zuwanderung immer wieder zum politischen Zankapfel. Die westlichen Industriestaaten benötigen heute vor allem hoch qualifizierte Fachkräfte. Die Zuwanderungspolitik hat diesen Wechsel aber nicht überall rechtzeitig nachvollzogen. Grosse Unterschiede bestehen ausserdem bei der Integration: Wird sie zu lange vernachlässigt, lässt sich das später kaum wieder korrigieren, wie das Beispiel Frankreich zeigt.

---

**DEUTSCHLAND** Eine schrumpfende Bevölkerung und die Abwanderung von Fachkräften stellen Wirtschaft und Politik vor grosse Herausforderungen. → Seite 2

**NORWEGEN** Auf den sprunghaften Anstieg der Zuwanderung seit Mitte der 1990er-Jahre wurde mit umfassenden Integrationsangeboten reagiert. → Seite 3

**ÖSTERREICH** Mit der Rot-Weiss-Rot-Karte wurde ein neuer, an klare Kriterien geknüpfter Aufenthaltstitel für hoch qualifizierte Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten geschaffen. → Seite 4

**FRANKREICH** Das westliche Nachbarland zeigt sich grosszügig bei der Vergabe seines Bürgerrechts, die Defizite in der Integrationspolitik sind trotzdem unübersehbar. → Seite 6

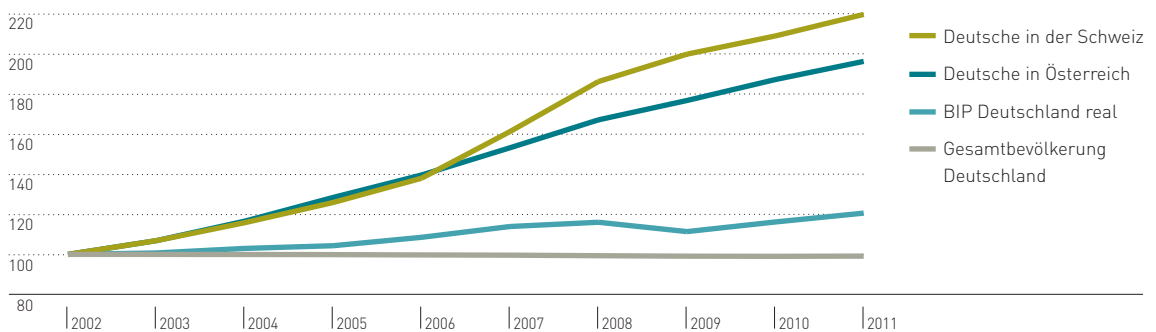
**FAZIT AUS SICHT DER SCHWEIZ** Die Personenfreizügigkeit hat innerhalb der EU nicht zu einem Migrationsboom geführt. Wie die Schweiz sind die meisten Länder vor allem an Hochqualifizierten interessiert. → Seite 8

---

## DEUTSCHLAND ZU VIELE GUT AUSGEBILDETE FACHKRÄFTE SETZEN SICH INS AUSLAND AB

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration schlägt Alarm: In seinem Jahresbericht 2011 warnt er vor einem anhaltenden «Braindrain». Deutschland verliere seit Jahren zu viele gut ausgebildete Fachkräfte ans Ausland. Auswanderungswillig sind vor allem die 25- bis 50-Jährigen. Die beliebtesten Zieldestinationen sind die Schweiz und Österreich, wo über die Hälfte der erwerbstätigen Auswanderer gut bezahlte Stellen in Kaderpositionen finden, auffallend viele davon sind Ingenieure und Wissenschaftler. Die Abwanderung hat dazu geführt, dass Deutschland seit 2002 einen Bevölkerungsrückgang um 0,7 Millionen Menschen verzeichnen musste. Negative Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind bisher noch nicht erkennbar – dies könnte sich in Zukunft aber ändern.

**Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland**  
indexiert, 2002 = 100



Quellen: BFS, Statistik Austria, Statistisches Bundesamt.

In der Bundesrepublik selbst liegt der Ausländeranteil seit bald zwei Jahrzehnten ziemlich konstant bei neun Prozent. Bei den Herkunftsländern rangiert die Türkei mit grossem Abstand auf Platz Eins, denn sie war lange Zeit das wichtigste Anwerbeland für günstige Arbeitskräfte. Seit 2001 wird die stärkste Zuwanderung aber aus den neuen osteuropäischen EU-Ländern verzeichnet, insbesondere aus Polen und Rumänien.

### SONDERREGELN FÜR HOCH QUALIFIZIERTE AUS DRITTSTAATEN

Als EU-Mitglied kennt Deutschland die Personenfreizügigkeit für Unionsbürger. Wer hingegen aus einem Nicht-EU-Staat zuwandert und länger als drei Monate bleiben will, benötigt eine Aufenthaltserlaubnis. 2011 haben 265 728 Personen eine solche Genehmigung erhalten [zum Vergleich: in der Schweiz waren es im gleichen Jahr 3076 Personen]. Ähnlich wie die Schweiz, versucht auch Deutschland, aus Drittstaaten vor allem Hochqualifizierte zu rekrutieren. Diese können unter klar definierten Bedingungen eine Daueraufenthaltserlaubnis erhalten. Allerdings konnten 2001 nur gerade 370 Personen davon profitieren. Per Juli 2012 hat Deutschland nun die «EU Blue Card» eingeführt. Dieser neue Aufenthaltsstatus wird an Personen verliehen, die einen anerkannten Hochschulabschluss vorweisen können oder bereits über einen Arbeitsvertrag verfügen, der ein Brutto-Jahresgehalt von mindestens 44 800 Euro garantiert. Für sogenannte Mangelberufe wie Ärzte oder IT-Fachkräfte liegt die Lohnanforderung sogar nur bei 34 944 Euro. Und: Blue-Card-Inhaber dürfen ihre Familienangehörigen ohne Restriktionen nach Deutschland holen.

---

## Experten gehen davon aus, dass es Deutschland längerfristig nicht gelingen wird, genügend Fachkräfte in Europa zu rekrutieren.

---

Trotz dieser Angebote geht der Sachverständigenrat davon aus, dass es der deutschen Wirtschaft auf längere Sicht nicht gelingen wird, die benötigten Fachkräfte in benachbarten Ländern zu rekrutieren. Die Empfehlung lautet deshalb, sich auf andere Herkunftsländer zu konzentrieren, beispielsweise auf Nordafrika, Zentralasien oder Indien.

### INTEGRATIONSKURSE

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bietet in Deutschland flächendeckend Integrationskurse an. Die Kurse vermitteln Sprachkenntnisse und Basiswissen zur gesellschaftlichen Orientierung. Zwar ist die Teilnahme grundsätzlich freiwillig. Für rund die Hälfte der über 100 000 jährlichen Teilnehmer sind die Lektionen aber obligatorisch – zum Beispiel, weil ihre Deutschkenntnisse bei der Einreise als zu schwach beurteilt wurden. Auch Personen, die schon länger in Deutschland leben, können zur Teilnahme verpflichtet werden.

---

## NORWEGEN BREITES SPEKTRUM AN INTEGRATIONSMASSNAHMEN

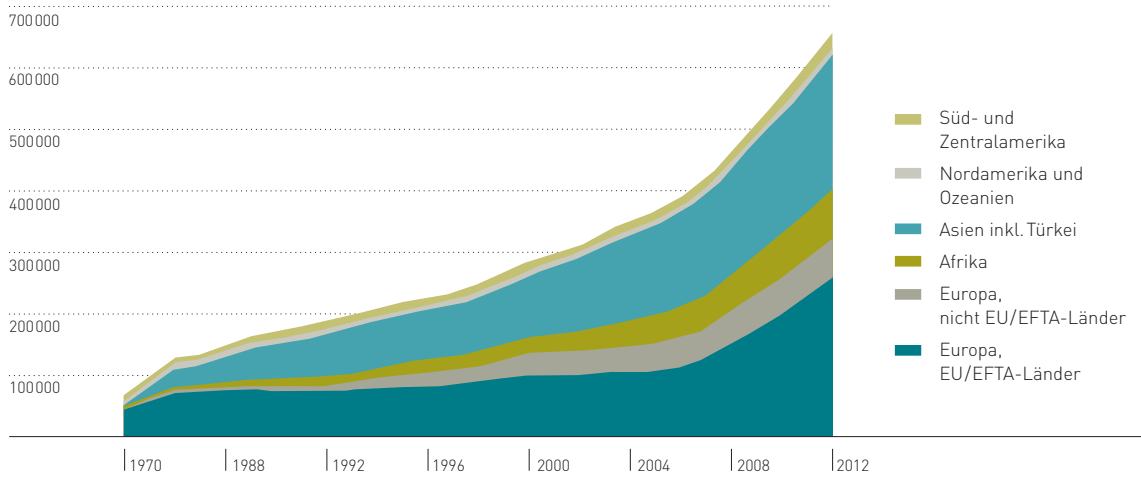
Auch das EFTA-Land Norwegen setzt auf ein breites Angebot an Integrationskursen. Von allen eingewanderten Personen, die zwischen 16 und 55 Jahren alt sind, wird verlangt, dass sie 300 Stunden Sprachunterricht besuchen. Es bestehen sogar Pläne, das Obligatorium auf 600 Stunden auszudehnen und Abschlussprüfungen einzuführen. Ein spezielles, noch umfangreicheres «Einführungsprogramm» besteht für anerkannte Flüchtlinge. Diese Pflichtkurse dauern bis zu zwei Jahre und sollen die Teilnehmer befähigen, nach dem Abschluss einer geregelten Arbeit nachzugehen. Das Programm «Zweite Chance» schliesslich richtet sich gezielt an Zuwanderer, denen der Kontakt zum Arbeitsmarkt fehlt. Vor allem Frauen und Jugendliche mit Migrationshintergrund erhalten in diesen Kursen Unterstützung.

### MARKANT GESTIEGENE ZUWANDERUNG SORGT FÜR DISKUSSIONEN

Nebst Integration setzte die norwegische Zuwanderungspolitik in den letzten Jahren vermehrt auch auf repressive Massnahmen. Eingewanderte Personen, die keinen Anspruch auf eine Aufenthaltsgenehmigung haben, werden heute schneller zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer gedrängt. Dass das Thema auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene mehr Beachtung findet, hat handfeste Gründe: Die Zuwanderung nach Norwegen ist seit Mitte der 1990er-Jahre sprunghaft angestiegen und erreichte 2011 mit 46 200 Personen einen absoluten Rekord.

## Norwegische Wohnbevölkerung ausländischer Herkunft

1. und 2. Generation, nach Herkunftsland (1970 bis 2012)



Quelle: Norwegisches Amt für Statistik.

Der Ausländeranteil, der 1992 noch bei 4,3 Prozent lag, steht aktuell bei 13,1 Prozent. In der Hauptstadt Oslo erreicht er bereits einen mit der Schweiz vergleichbaren Wert von 23 Prozent. Die Zuwanderer kommen zum grössten Teil aus EU- und EFTA-Staaten, für welche auch in Norwegen die Personenfreizügigkeit gilt. Die wichtigsten Herkunftsländer sind derzeit Polen, Schweden und Deutschland.

### AUCH UNTER ZUWANDERERN NUR GERINGE ARBEITSLOSIGKEIT

Verantwortlich für die dynamische Entwicklung der Zuwanderung ist in erster Linie Norwegens wirtschaftlicher Aufschwung. Allein seit 2005 ist das BIP um rund 18 Prozent gestiegen, das Pro-Kopf-Einkommen ist eines der höchsten der Welt. Die massive Zuwanderung hat daran nichts geändert, denn wie in der Schweiz folgt sie hauptsächlich den Bedürfnissen der Wirtschaft. Dies zeigt nicht zuletzt die tiefe Arbeitslosenquote von drei Prozent (Stand April 2012). Auch unter Immigranten liegt sie mit 6,7 Prozent im internationalen Vergleich ausserordentlich tief. Die Situation Norwegens ist allerdings insofern speziell, als das Land mit der Erdölförderung über ganz andere Mittel verfügt als andere europäische Staaten.

## ÖSTERREICH QUALIFIZIERTE ZUWANDERER ERHALTEN DIE ROT-WEISS-ROTE KARTE

Österreich eignet sich als Alpenrepublik und direktes Nachbarland der Schweiz besonders gut für einen Vergleich mit den schweizerischen Verhältnissen. Als EU-Mitglied kennt man auch hier die Personenfreizügigkeit: Anfang 2012 betrug der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung 11,5 Prozent (Schweiz: 22,8 Prozent), knapp 400 000 Personen stammen aus anderen EU- oder EFTA-Staaten. Die wichtigsten Herkunftsregionen sind Deutschland, die Länder des ehemaligen Jugoslawien und die Türkei.

Die Zuwanderung aus Drittstaaten hat Österreich mit dem Fremdenrechtsänderungsgesetz 2011 neu geregelt. Neben der bestehenden «EU Blue Card», deren Vergabe an ähnliche Kriterien gebunden ist wie in Deutschland, wurde neu der Aufenthaltstitel der «Rot-Weiss-Rot-Karte» eingeführt. Damit wurde ein speziell auf gut qualifizierte Arbeitskräfte ausgerichteter, vom Staat gesteuertes Zuwanderungssystem geschaffen. Es gelten klare Kriterien und Quoten. Die Karte erhalten:

- besonders Hochqualifizierte
- Fachkräfte in Mangelberufen
- sonstige Schlüsselkräfte (besonders gut ausgebildete oder für einen Betrieb besonders wichtige Personen)
- Studienabsolventen/-absolventinnen

### TIEFSTE ARBEITSLOSENQUOTE INNERHALB DER EU

Ähnlich wie die Schweiz kann Österreich – mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 – auf ein Jahrzehnt stabilen wirtschaftlichen Wachstums zurückblicken. 2011 stieg das BIP um satte 3,1 Prozent und die Arbeitslosenquote lag im April 2012 bei 3,9 Prozent. Mit diesem niedrigen Wert steht Österreich deutlich besser da als alle anderen EU-Länder. Allerdings zeigen sich bei der Erwerbstätigkeit doch markante Unterschiede: Bei Österreichern ohne Migrationshintergrund lag sie 2009 bei 74 Prozent, bei Personen mit Migrationshintergrund zehn Prozentpunkte tiefer. Eine der Ursachen dafür liegt in der geringeren Erwerbstätigkeit von Migrantinnen, so sind beispielsweise nur gerade zwei von fünf türkischen Frauen in Österreich erwerbstätig. Kaum Probleme sind hingegen bei der Jugend auszumachen: Die Arbeitslosenquote von Jugendlichen ausländischer Herkunft ist nicht signifikant höher als jene ihrer österreichischen Altersgenossen – ein Indiz dafür, dass die Integration zumindest auf dem Arbeitsmarkt gut funktioniert.

---

Um die Integrationsbemühungen weiter zu stärken, hat Österreich 2011 ein eigenes Staatssekretariat für dieses Thema geschaffen.

---

Dennoch zeigen sich bei aktuellen Befragungen rund zwei Drittel der Bevölkerung mit dem Integrationsprozess unzufrieden. Nur gerade 3,5 Prozent der Gesamtbevölkerung sind der Meinung, dass Integration in Österreich sehr gut funktioniert. Umgekehrt fühlen sich aber 86 Prozent der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund in Österreich heimisch. Um die Integrationsbemühungen zu verstärken und noch besser zu koordinieren, wurde per April 2011 ein eigenes Staatssekretariat für Integration geschaffen.

Anders als in der Schweiz sind im östlichen Nachbarland derzeit keine generellen Engpässe im Verkehr oder auf dem Wohnungsmarkt zu verzeichnen. Mit der zunehmenden Geldwertsicherung im Zuge der Wirtschaftskrise sind die Preise für Wohneigentum besonders in Wien und den grösseren Städten zwar erheblich angestiegen, dafür wird jedoch kaum die Zuwanderung verantwortlich gemacht.

---

## FRANKREICH

# MISSLUNGENE INTEGRATION FÜHRT ZU SOZIALEN UNRUHEN

Hitzige Debatten über Zuwanderung, Integrationspolitik und die Identität der französischen Kultur gehören in Frankreich seit Jahren zum politischen Alltag. Einerseits werden diese Themen – insbesondere durch den rechtspopulistischen Front National – gezielt ausgeschlachtet, um Wähleranteile zu gewinnen. Andererseits hat unser westliches Nachbarland mit spezifischen Problemen zu kämpfen, die sich über Jahrzehnte aufgebaut haben.

Als ehemalige Kolonialmacht hat Frankreich über sehr lange Zeit vor allem in Afrika Hunderttausende von Arbeitnehmern rekrutiert. Offiziell leben heute rund 3,6 Millionen Ausländer in Frankreich, was einem Bevölkerungsanteil von nur gerade 5,8 Prozent entspricht. Diese Zahlen täuschen jedoch, denn Frankreich bürgert viel grosszügiger ein als andere europäische Länder. Einerseits konnten bei der Auflösung grosser Kolonien wie Algerien deren Einwohner das französische Staatsbürgerrecht beantragen. Andererseits erhält seit 1889 jedes Kind, das in Frankreich geboren wird und hier mindestens fünf Jahre gewohnt hat, zum 18. Geburtstag automatisch einen französischen Pass. Allein im Jahr 2010 wurden 143 275 Personen eingebürgert – 61,2 Prozent davon waren Menschen mit afrikanischen Wurzeln. Im Oktober 2010 wurde das Einwanderungsgesetz allerdings punktuell verschärft. Begeht ein eingebürgerter Einwanderer einen schweren Angriff auf eine Amtsperson, kann ihm die französische Staatsbürgerschaft wieder entzogen werden.

### HOHE JUGENDARBEITSLOSIGKEIT UNTER EINWANDERERN

Die hohe Einwanderung wurde lange Zeit als wirtschaftliche Erfolgsgeschichte betrachtet. Heute dominieren hingegen negative Begleiterscheinungen die Schlagzeilen, insbesondere die Folgen der gescheiterten Integration. Berüchtigt sind insbesondere die Banlieues (Vororte) der grossen Städte, wo ein Grossteil der Immigranten in riesigen Blockbauten wohnt, oftmals ohne realistische Aussicht auf Bildung, eine gut bezahlte Arbeit und sozialen Aufstieg. Ende 2011 lag die Arbeitslosenquote landesweit durchschnittlich bei 9,3 Prozent. In den 751 als «Problemviertel» ausgewiesenen Vorstadtquartieren hatten hingegen 43 Prozent der männlichen und 37 Prozent der weiblichen Jugendlichen (15 bis 24 Jahre) keine bezahlte Arbeit oder Ausbildung. Im Herbst 2005 kam es erstmals zu gewalttätigen Unruhen in den Banlieues, seither flammen diese immer wieder auf. Weder repressive noch integrative Massnahmen haben diese Situation bislang nachhaltig verbessern können. Grosse Defizite bestehen vor allem im Bildungswesen, wo die Unterschiede bei den Schulabschlüssen zwischen Franzosen und Ausländern frappant sind (siehe Grafik, Seite 7).

## Bildungsabschlüsse in der französischen Bevölkerung

nach Herkunft, Stand 2010



Quelle: Département des statistiques, des études et de la documentation (2010).

## GERINGERE ABHÄNGIGKEIT VON DER ZUWANDERUNG DANK HOHER GEBURTENRATE

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wäre Frankreich eigentlich weniger auf Zuwanderung angewiesen, denn die Geburtenrate liegt mit durchschnittlich 2,01 Kindern pro Frau (2010) ausserordentlich hoch. Aus Staaten ausserhalb der EU/EFTA wandern denn auch kaum noch Arbeitskräfte nach Frankreich ein: Von den 188 000 Aufenthaltsbewilligungen, die der französische Staat 2010 an Drittstaatenangehörige erteilte, betrafen über 82 000 den Familiennachzug und rund 60 000 Studierende, die aus diversen Ländern an die französischen Hochschulen kamen. Auch beim Familiennachzug hat Frankreich mittlerweile aber eine härtere Linie eingeschlagen und die Zahl im vergangenen Jahr um 14 Prozent reduziert.

Während diverse Parteien immer wieder laut über eine Begrenzung der Zuwanderung aus Drittstaaten nachdenken, wird die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU weit weniger infrage gestellt. Das mag unter anderem daran liegen, dass sich die Ängste vor einer Masseneinwanderung nach der Osterweiterung der Union nicht bewahrheitet haben.

---

## FAZIT AUS SICHT DER SCHWEIZ ES GIBT KEINE MASSENMIGRATION INNERHALB DER EU

Die kurze Betrachtung der Situation in vier anderen europäischen Ländern illustriert, dass die Situation in der Schweiz vergleichsweise komfortabel ist. Unser Land hat – anders als Deutschland – dank seiner internationalen Anziehungskraft und attraktiven Arbeitsplätzen nicht gegen die Abwanderung von Hochqualifizierten zu kämpfen. Im Gegenteil: Die Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik hat sogar dazu geführt, dass vor allem sehr gut ausgebildete Menschen ins Land kommen und hier meist problemlos eine Arbeit finden. Der Blick nach Frankreich zeigt, dass eine hohe Zuwanderung bei mangelnder Integration die Bildung von Parallelgesellschaften begünstigt, was zu sozialen Spannungen führen kann. Die Integration wird umso schwieriger, wenn die meisten Zuwanderer über einen völlig anderen kulturellen Hintergrund verfügen als die einheimische Bevölkerung, einer anderen Religion angehören und sich in einer anderen Sprache und Schrift verständigen. Dem Problem am ehesten gerecht wird eine flexibel auf die unterschiedlichen Einwanderergruppen ausgerichtete Integrationspolitik, wie sie beispielsweise in Norwegen verfolgt wird.

Gemeinsam ist all diesen Ländern, dass allfällige Probleme kaum auf die Personenfreizügigkeit zurückgeführt werden können. Die Zuwanderung innerhalb der EU/EFTA-Staaten wird grossmehrheitlich durch Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften geregelt. Trotz freiem Personenverkehr, grosser Unterschiede betreffend Arbeitslosigkeit und der sprachlichen, kulturellen und geografischen Nähe hat innerhalb der EU deshalb keine Massmigration stattgefunden.

 Weitere Informationen zur Integrationspolitik der Schweiz finden Sie im Faktenblatt 8 «Integration, Kriminalität und Asylpolitik».

---

### ZUM THEMA ZUWANDERUNG SIND FOLGENDE FAKTENBLÄTTER ERHÄLTlich:

1. Einwanderungsland Schweiz
2. Rechtliche Situation der Personenfreizügigkeit
3. Veränderung der Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit
4. Drittstaatenkontingente
5. Wachstum und Arbeitsmarkt
6. Flankierende Massnahmen
7. Auswirkungen auf die Sozialwerke
8. Integration, Kriminalität und Asylpolitik
9. Raumplanung, Wohnungsmarkt
10. Verkehr, Umwelt, Energie
11. Steuerliche Anreize
12. Die Situation in anderen europäischen Ländern
13. Kommende Abstimmungen über die Zuwanderung